Grenzgänger

VON CHRISTA GRENGEL

Dem langjährigen Weggenossen Reinhard Groscurth zum 65. Geburtstag

Unsere Dienststellen, beides Kanzleien der Evangelischen Kirche der Union, lagen nur wenige Kilometer auseinander – getrennt durch eine Mauer, die die negativen Einflüsse aus dem Westen von uns im Osten fernhalten sollte. Die Mauer wurde weniger bedrohlich und leichter zu ertragen durch Menschen wie Reinhard Groscurth. „Grenzgänger“ war er durch seinen Beruf geworden in diesem geteilten Berlin – und allmählich wurde das zu seiner inneren Berufung. Es gab wohl kaum einen anderen Menschen, der so oft durch die Berliner Mauer kam, 1969-1989: von „J“ (Jebensstraße 3 in Westberlin) nach „A“ (Auguststraße 80 in Ostberlin) und zurück nach „J“, immer vollgespickt mit Nachrichten, Anfragen, Antworten, die er unerkennbar für alle Grenzkontrollen im Kopf oder auf kleinsten Zettelchen mit sich trug und dann im jeweils anderen Bereich entfaltete. Viele Dienstreisen für kirchliche Mitarbeiter aus der DDR sind nur durch ihn möglich geworden.

Doch in dieser alltäglichen Hilfestellung erschöpfte sich die Existenz an und auf der Grenze nicht. 1972 hatte die EKU ihre Organe „regionalisiert“, d.h. in zwei „Bereiche“ gegliedert. Es blieb aber der erklärte Wille, als *eine* Kirche beieinander zu bleiben. Die Räte, die Kollegien der Kirchenkanzleien und die Ausschüsse verwirklichten das durch ihre gemeinsamen Sitzungen. In den Ökumenedezernaten hatten wir je drei Ausschüsse: die Ökumenischen Ausschüsse, die Missionsausschüsse und die Orthodoxen Studienausschüsse. Zunächst waren wir drei Sekretäre, bis nach dem viel zu frühen Tod von Walter Böttcher nur noch wir beide alle jene Ausschüsse zu betreuen hatten. Aus Anlaß des 65. Geburtstages von Reinhard Groscurth möchte ich von dieser Arbeit berichten, damit nicht so schnell vergessen wird, was wir in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam gedacht, erarbeitet und diskutiert haben.

Grenzgänger waren sie alle: die Mitglieder der Westausschüsse – denn tagen konnten wir nur in der Auguststraße; innerlich waren auch wir es. Erstaunlicherweise hatten wir nie das Gefühl, daß sich Geber und Empfänger auf je eine der Seiten verteilten. Wir alle waren immer beides. Wir hatten auch nicht den Eindruck, der Westen wolle bei uns im Osten irgend-

etwas „aufbauen“ oder wir würden, wie unsere Staatsorgane stets vermuteten, vom Westen aus ferngesteuert. Nein, wir waren einfach gemeinsam dran an der Aufgabe, zu der uns die Räte beauftragt hatten. Allerdings geschah dies eben stets *grenzüberschreitend*, an der Nahtstelle zwischen den politischen Blöcken nach Konvergenzen, nach Übereinstimmungen suchend. Das allein schon war in der ehemaligen DDR ein Delikt.

Wir fragen uns heute, ob wir bisweilen vielleicht sogar zu sehr interessiert waren an Gemeinsamkeit, Übereinstimmung, Einheit und ob wir die kritischen Fragen, die wir im Blick auf die je andere Situation und das Verhalten unserer Kirchen in ihr auch hatten, vielleicht zu leise gestellt haben. Doch angesichts der tiefen Trennungen auch in unserem Volk war das Interesse am Verbindenden, Heilenden, Grenzüberschreitenden immer größer als der Sinn für die Unterschiede unter uns. Wir haben diese kontinuierliche Gemeinschaft in unseren Ausschüssen wirklich genossen und uns auf jede Sitzung neu gefreut. Es hat uns in der täglichen Auseinandersetzung gestärkt und ermutigt, hat die Kritikfähigkeit gegenüber der eigenen Situation erhöht, weil man sie immer auch mit den Augen der anderen sah. Es hat aus dem Gefühl des Isoliertseins herausgeführt und den geistigen Horizont erweitert. Gegenüber dem allgemeinen DDR-Trauma, das die Mauer hervorgerufen hatte, war dies eine tiefwirkende Medizin, die wir auch aus heutiger Sicht gar nicht hoch genug einschätzen können. Die langjährige gemeinsame Arbeit in solchen Ausschüssen hat auch dazu beigetragen, daß wir nach der Wende nicht ganz von vorn beginnen mußten, sondern unter den geänderten Bedingungen fortfahren konnten im gemeinsamen Nachdenken. Daß heute in der wiedergewonnenen Einheit manche kritische Frage stärker in den Vordergrund rückt und die unterschiedlichen Lebens- und Glaubenserfahrungen von 45 Jahren äußerer Trennung in ihren Konsequenzen für die gemeinsame Zukunft bedacht werden müssen, finde ich ganz normal – solange deutlich bleibt, daß auch davon beide Seiten (und nicht nur der Osten) betroffen sind.

Die Ökumenischen Ausschüsse

„Die spezifische ökumenische Arbeit der EKU gilt den unierten Kirchen in der Welt, mit denen gewachsene Beziehungen bestehen“, so lautete der erste Satz eines Beschlusses der Bereichsräte von 1973 zur ökumenischen Arbeit der EKU. Hauptaufgabe der Ökumenischen Ausschüsse war die praktische und theologische Begleitung dieser Beziehungen. Besonders eng und von Jahr zu Jahr intensiver gestalteten sich die Beziehungen zur United

Church of Christ (UCC)/USA, zur United Church of Canada und zur United Reformed Church im Vereinigten Königreich. Aber auch mit anderen unierten Kirchen überall in der Welt wuchs die ökumenische Gemeinschaft, etwa mit dem Kyodan in Japan, der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder u.a. Das theologische Nachdenken über die Beziehungen zu diesen Kirchen brachte es mit sich, daß sich nicht nur wie ein dicker roter Faden das Thema „Einheit der Kirchen“ durch die Arbeit der Ausschüsse zieht, sondern daß auch immer wieder das eigene Unionsverständnis und seine konkreten Implikationen angefragt waren.

Es begann schon damit, daß anfangs nicht ganz klar war, ob eigentlich eine Unionskirche des 19. Jh., wie es die EKU nun einmal ist, überhaupt in den Kreis der unierten Kirchen gehört, die der Ökumenische Rat der Kirchen regelmäßig zu Konsultationen auf Weltebene einlädt. Für die Ökumenischen Ausschüsse der EKU und ihre Sekretäre war das keine Frage. Die EKU hat deshalb diese Treffen von Anfang an nachhaltig unterstützt: Bossey 1967, Limuru 1972, Toronto 1975, Colombo 1981, Potsdam 1987. Für die Ausschüsse lautete die Frage anders, nämlich *wie* eigentlich die EKU sich ökumenisch gestalten und ändern müßte, wenn auch sie eine „uniting church“ werden wollte. Das zeigte sich z. B. in dem großen Interesse am Zustandekommen der Leuenberger Konkordie, aber auch bei den Diskussionen um eine „Vereinigte Kirche in der DDR“.

Die *theologischen* Themen, die die Ausschüsse in den letzten 30 Jahren bearbeitet haben, zeigen alle die Spannung zwischen dem theologischen Anspruch, der Einheit des Leibes Christi verpflichtet zu sein, und der mit vielen nichttheologischen Problemen belasteten konkreten Wirklichkeit. Einige der Ausarbeitungen der Ökumenischen Ausschüsse sind m. E. noch immer wichtig und lesenswert: z. B. 1972 und 1986 Stellungnahmen zum „COCU“-Prozeß, einer Unionsbewegung von acht amerikanischen Kirchen, 1979 ein Diskussionspapier der Gemeinden zur Frage der „Konziliarität“, 1984 „Zusammenarbeit mit ‚weltweiten Gemeinschaften‘“, 1985 „Union als ökumenisches Problem. Zur Aufgabe der EKU in der ökumenischen Bewegung“, 1990 „Orientierungshilfe zur Frage der Kirchengemeinschaft“. Hinzu kamen die Vorlagen für die Synoden zur Erklärung von Kirchengemeinschaft mit der UCC/USA (1980) und der UC/Canada (1992).

Lassen Sie mich am Beispiel der Kirchengemeinschaft mit der UCC/USA einen Blick in die *Werkstatt* dieses Ausschusses tun: 1979 North Carolina. Reinhard Groscurth und ich waren in Amerika unterwegs – auf der einzigen Reise, die wir in all den Jahren gemeinsam gemacht haben. Hauptanlaß war eine Tagung der „EKU-Working Group“, der für die Beziehungen mit

der EKU beauftragten Kommission der UCC. Professor Herzog hätte uns fast in den Straßengraben gefahren. So erschrocken war er, als Reinhard Groscurth ihm berichtete, was wir im Gepäck mitgebracht hatten: den vierten Entwurf einer Erklärung der gegenseitigen Anerkennung von EKU und UCC. „Das kann doch nicht wahr sein! Wir haben Euch doch längst anerkannt“ – mit diesen Worten drehte er sich zu mir um. Das Auto konnte gerade noch abgefangen werden. Aber nun war die Verblüffung an uns. Die kleine Episode ist sicher unwichtig. Doch wir hatten in jenem Auto ein theologisches Aha-Erlebnis, und damit fing der Umdenkprozeß an, in dem sich die Ausschüsse über die geographische Entfernung und die unterschiedlichen theologischen Traditionen hinweg darüber verständigt haben, was „Kirchengemeinschaft“ für unsere beiden Kirchen beinhalten könnte.

Der gesamte Prozeß ist von Reinhard Groscurth ausführlich in dem noch immer wichtigen Buch über die UCC „Kirchengemeinschaft im Schmelztiegel“¹ beschrieben worden. Ich kann in diesem kurzen Überblick nur das Wichtigste zusammenfassen: 1975 hatten die unierten Kirchen in Toronto alle unierten Kirchen aufgefordert, „eine Erklärung zur gegenseitigen Anerkennung abzugeben . . .“ Die Räte hatten daraufhin 1977 die Ökumenischen Ausschüsse gebeten zu prüfen, wie diese Empfehlung verwirklicht werden könnte. Sie hatten als ersten Schritt Verhandlungen mit der UCC vorgeschlagen. In Ausführung dieses Beschlusses war dann eben bis 1979 jener vierte Entwurf entstanden, den wir der „EKU-Working-Group“ im März 1979 in New York stolz vorlegen wollten. Die UCC hatte bei ihrer Gründung im Jahre 1957 die früheren Partnerkirchen aufgerufen, ihre bisherigen Beziehungen nun auf die Gesamtkirche zu übertragen. Damit war auch die EKU gemeint gewesen, denn sie gehörte zu den „Müttern“ einer der sich vereinigenden Kirchen, zu der der Kontakt seit der Auswanderung im vergangenen Jahrhundert nie abgerissen war.

Was macht man, wenn man bereits „anerkannt“ ist, selbst aber offenbar auf dieses Angebot nicht entsprechend geantwortet hat? Nach Hause zurückgekehrt, haben wir Akten studiert um festzustellen, was denn damals 1957 passiert war. Das war ungeheuer spannend, weil es viel von den Auseinandersetzungen innerhalb der EKU deutlich machte. Wichtiger als die historische Erkundung war für die Arbeit der Ökumenischen Ausschüsse die theologische Frage, wie eigentlich das Verhältnis unserer beiden Kirchen zu bestimmen sei. Die „EKU-Working-Group“ hatte auf unsere Frage, was wir denn nun tun sollten, eine „celebration of full communion“ vorgeschlagen. „Feier der Kirchengemeinschaft“ haben wir es übersetzt. Der Terminus „Kirchengemeinschaft“ jedoch war in unserem Denken schon durch die

Leuenberger Konkordie vorbestimmt. Unsere ersten vier Entwürfe für die „gegenseitige Anerkennung“ hatten simpel vorausgesetzt, daß „Kirchengemeinschaft“ auch mit der UCC auf die gleiche Weise hergestellt werden sollte. Was wir nun im Disput mit den Vertretern der UCC entdeckten, war, daß diese Methode das Verhältnis zur UCC nicht traf; denn zwischen EKU und UCC hatte es nie Lehrverurteilungen gegeben. Und noch wichtiger: Kirchengemeinschaft wird nicht durch uns hergestellt, sondern ist vorgegeben, gegründet in Jesus Christus.

Die beiden Bereichssynoden der EKU schlossen sich dieser Auffassung an und beschlossen 1980, die mit der UCC bereits bestehende Kirchengemeinschaft festzustellen und zu feiern. Allerdings mußte die DDR-Bereichssynode auf Anfrage der VELK/DDR eine Aussage darüber machen, wie denn nun *diese Kirchengemeinschaft* sich zur Kirchengemeinschaft der Unterzeichnerkirchen der *Leuenberger Konkordie verhalte*. Darüber gab es eine lebhafte Diskussion. Die Frage nach der „Stimmigkeit“ verschiedener Erklärungen zur Kirchengemeinschaft sei zwar berechtigt, in der Ökumene sei jedoch bisher *ungeklärt*, „welche Auswirkungen bilaterale Erklärungen von Kirchengemeinschaft für diejenigen Partnerkirchen haben, mit denen bereits Kirchengemeinschaft besteht“. Und schließlich dürften engere Beziehungen mit einer Kirche nicht das Zusammenwachsen mit anderen verhindern. „Wir haben jahrhundertelange Erfahrungen, wie wir den Leib Christi spalten“, sagte einer der Leitenden Geistlichen in der Diskussion, „aber es fehlen uns die Erfahrungen, wie wir wenigstens in kleinen Schritten diese Spaltungen überwinden“.

Die Kirchengemeinschaftserklärung wurde als ein solcher kleiner Schritt verstanden. Die UCC beantwortete ihn im darauffolgenden Jahr mit großer Freude in einer ähnlichen Erklärung. Sicher war dies nicht ein Ereignis, das alle Gemeinden in unseren Kirchen erfaßte. Doch die Gemeinden, die am stets intensiver werdenden Austauschprogramm und den daraus entstehenden Gemeindepартnerschaften partizipierten, konnten sehr wohl berichten, was Einswerden im Glauben, Gemeinschaft-werden in der Realität bedeuten.

Ich möchte nur noch auf *eine* Folge dieser Erklärung hinweisen, nämlich die von der Synode geforderte „Vertiefung der Kirchengemeinschaft durch verbindliche theologische Gespräche“. 1983 wurde versucht, die prägenden theologischen Traditionen (*Rechtfertigungslehre* und *Covenant-Tradition*) ins Gespräch zu bringen und auf eine beide Kirchen betreffende aktuelle Fragestellung zuzuspitzen. Deshalb lautete das Thema: „Reformatorsche Theologie für heute. Die Bedeutung der Rechtfertigungs- und Bundestradi-

tionen für Gerechtigkeit und Frieden“². Diese Tagung gehörte unmittelbar vor der Vollversammlung in Vancouver zu den Vorläufern des „konziliaren Prozesses“. Sie wurde von einer „Konsultation im Prozeß“ abgelöst, bei der 1987–1989 insgesamt neun Konsultationen in den beiden EKU-Bereichen und der UCC zum Thema „Gottes Gerechtigkeit“ mit je spezifischen Zuspitzungen in gemeinsamer Verantwortung durchgeführt wurden.³ Für uns am aufregendsten war die letzte Konsultation Ende August 1989 in der bereits äußerst angespannten Vorwendesituation. Als Zuspitzung hatten wir „Partizipation“ gewählt. Die Untergruppe, die sich mit „Partizipation in der Gesellschaft“ befaßte, sah sich nicht in der Lage, einen Bericht zu verfassen, weil sie keine Perspektive für eine Partizipation sah. Wenige Monate später waren Mitglieder gerade dieser Gruppe, aber auch andere Teilnehmer Oberbürgermeister, Abgeordnete etc.

Missionsausschüsse

Die Missionsausschüsse hatten den Auftrag, die Beziehungen zu den Kirchen in anderen Kontinenten, die einmal aus der Arbeit der in der EKU beheimateten Missionsgesellschaften hervorgegangen waren, theologisch und auch praktisch zu begleiten. Zu den *praktischen* Fragen gehörte z. B. die „ökumenische Mitarbeiterhilfe“ (Partnerschaftsprogramm), die regelmäßige Spenden kirchlicher Mitarbeiter in der DDR für einheimische Kirchen in Südafrika, Tanzania und Indien mit Zuschüssen aus den westlichen Gliedkirchen für diese Kirchen zu einem gemeinsamen Programm zusammenfügte – ein Programm, das für die Bewußtseinsbildung der DDR-Mitarbeiter sehr wichtig war und ihnen die Möglichkeit gab, trotz aller Währungsschwierigkeiten einen kleinen, aber regelmäßigen Beitrag zur Unterstützung der Partner in Afrika und Asien zu leisten. Im übrigen arbeiteten die Ausschüsse vor allem an *missionstheologischen* Fragen. Dabei ging es ebenso um wichtige Einzelthemen aus den Partnerkirchen, z. B. um das Dokument „Der Weg nach Damaskus – Kairos und Bekehrung“ wie auch um Vor- und Nachbereitung der großen Weltmissionskonferenzen. Besonders zu erwähnen ist die jahrelange Beschäftigung mit dem Thema „Verkündigung (Evangelium) und Kultur“, die in einer Ausarbeitung und einem Preisausschreiben zum Thema gipfelte. Gerade bei diesem Thema wurde die Chance, gemeinsam aus Ost und West über diese Frage nachzudenken, deutlich empfunden. Es wurde z. B. redlich geprüft, ob wir in Ost- und Westdeutschland bereits in unterschiedliche Kulturen eingebunden sind und

deshalb zu unterschiedlichen Aussagen kommen müßten. Ergebnis sowohl der Ausschubarbeit als auch des Preisausschreibens war, daß trotz mancher Entwicklungen (z.B. Proklamierung einer sozialistischen Kultur) die Gemeinsamkeiten in der kulturellen Prägung überwogen. 1987 erarbeiteten die Ausschüsse einen Beitrag für die Tagung der unierten Kirchen in Potsdam zum Thema „Mission und Einheit“. Dabei wurde den Ausschüssen deutlich, welche Faktoren kirchliche Einheit hindern bzw. fördern können.

In den letzten Jahren griffen die Ausschüsse ein „heißes Eisen“ auf: die Integration von Mission und Kirche. In den sechziger Jahren war die Integration von beiden Seiten feierlich erklärt worden. Was war daraus geworden? Ist unsere Kirche bis in die Gemeinden hinein missionarisch geworden? Oder sind nur Institutionen umstrukturiert worden? Die Ausschüsse legten den Räten eine „Zwischenbilanz“ vor, die ehrlich Zugewinne und Verluste in diesem Prozeß bilanzierte. Vor allem stellten sie die Frage, ob in diesem Prozeß das Interesse an „Dienst“ und „Partnerschaft“ den Einsatz für das „Zeugnis“ verdrängt habe. Hat sich ökumenische Bewußtseinsbildung an die Stelle der Verkündigung des Evangeliums und die unmittelbare Anrede an den Menschen gesetzt? Und: Können wir wirklich Partner sein, wenn die Abhängigkeitsstrukturen weiterbestehen bleiben? In jedem Fall wurde deutlich, daß über diese Fragen nicht nur hier bei uns, sondern zusammen mit den Schwesterkirchen in den anderen Kontinenten nachgedacht werden muß.

Eine in erster Linie den DDR-Ausschuß betreffende Ausarbeitung war „Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft“⁴, die die Westmitglieder jedoch mit Rat und Tat begleiteten. „Was tun wir da eigentlich, wenn wir jetzt wieder Menschen ‚entsenden‘?“ – das war die spitze Frage, gestellt von Eckhard Schülzgen, damals Leiter der Goßner-Mission in der DDR. Er stellte die Frage in einem Augenblick, wo sich abzeichnete, daß das unfreiwillige Moratorium im Blick auf die Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland möglicherweise von staatlicher Seite gelockert würde. Jahrelang hatten wir dieses Moratorium auch positiv verstanden, weil dadurch eine Empfänger-Geber-Mentalität gegenüber den DDR-Kirchen von seiten unserer Partner in der Dritten Welt gar nicht erst aufkommen konnte. „Mission in allen Kontinenten“ war die willkommene Botschaft für die DDR-Kirchen, sich in den fünfziger und sechziger Jahren verstärkt der Mission im eigenen Lande zuzuwenden. Gerade die Goßner-Mission hatte in jenen Jahrzehnten viel Wichtiges in dieser Hinsicht geleistet. Und die kirchlichen Gremien hatten dankbar die in Neu-Delhi auf der Vollversammlung begonnene Studie des ÖRK zur „Missionarischen Struktur der Gemeinde“ aufgegriffen – in der

Hoffnung, auf diese Weise dem großen Einbruch durch die Entkirchlichung wirksam entgegenwirken zu können. Der große Kongreß „Missio heute“ von 1968, der die weltmissionarischen, volksmissionarischen und kirchlichen Initiativen zusammengebracht hatte, war Hoffnungsimpuls in Richtung der Erneuerung der Gemeindewirklichkeit in der DDR gewesen. Die Unmöglichkeit, Mitarbeiter für längere Zeit in andere Kirchen zu entsenden, war auch als Chance gesehen worden, den Missionsgedanken ins eigene Land zu tragen. Nun aber sollte eine solche Entsendung wieder möglich sein. Was hieß das? Mit welcher Zielstellung sollte das geschehen?

Es kam noch ein interessanter Aspekt hinzu. Die DDR-Regierung, die alles, was mit dem Stichwort „Mission“ zusammenhing, immer als „Neokolonialismus“ zurückgewiesen hatte, mußte – sofern sie z. B. eine Entsendung nach Indien zuließ – dem indischen Staat gegenüber erklären, inwiefern „Mission“ nicht „Neokolonialismus“ sei. Auch die Staatsorgane wollten plötzlich wissen, was denn die Kirchen mit „Mission“ meinten, wenn sie nach so langer Zeit noch immer nicht auf diesen Terminus verzichten wollten. Die Diskussion begann im Missionsausschuß der EKU. Die dort mitarbeitenden ständigen Gäste von der Leipziger Mission ließen wissen, daß sie am selben Thema arbeiteten. Da „Entsendung“ auch von den mit Entwicklungsfragen beschäftigten Gremien des Bundes geplant war, waren Verständigungen nötig. Daß die Leitungsgremien von Bund, EKU, VELK und der Gliedkirchen ebenfalls einbezogen werden mußten, lag in der Natur der Sache. So wurde es schließlich ein wirklich aufregender Prozeß. Das Papier, das am Ende herauskam, war sehr viel blasser als der erste Entwurf in den Missionsausschüssen der EKU. „Rundgelutscht“, meinte einer der Verfasser, „notwendiger Kompromiß“, sagten andere. Wichtiger als das Papier selbst war ganz gewiß der Prozeß, in dem versucht worden ist, Kirche, Mission, Entwicklung und alle damit befaßten Gremien zu einem aufeinander abgestimmten Konzept zu bringen.

Orthodoxe Studienausschüsse

1957 schlug die Synode der Evangelischen Kirche der Union vor, einen Ausschuß für Fragen der Ostkirchenkunde einzusetzen. Dieser nahm 1960 seine Arbeit auf. Es war die Zeit, in der sich ankündigte, daß die orthodoxen Kirchen in die Ökumene Einzug halten würden und sich deshalb unsere Kirchen stärker für Fragen der Orthodoxie interessieren mußten. Die Arbeit dieser Ausschüsse sollte Hilfe sein im Prozeß des Wieder-Entdeckens der seit einem Jahrtausend von unseren Kirchen getrennten Brüder und Schwe-

stern in Christus. Die EKU übernahm hier stellvertretend eine Aufgabe, die eigentlich über ihren Aufgabenkatalog hinausging. Deshalb arbeiteten von Anfang an auch Experten aus anderen Landeskirchen mit. Daß in diesem Ausschuß Professoren aus staatlichen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen aus Ost und West über Jahrzehnte eng zusammenarbeiteten, ist vielleicht ein Nebenaspekt, der aber zumindest für den Bereich DDR sehr wichtig und keineswegs selbstverständlich war. Es wären hier viele Namen zu nennen. Stellvertretend nenne ich Fairy von Lilienfeld, die in beiden Bereichen intensiv am Aufbau dieses Arbeitszweiges mitgewirkt hat. Ohne sie wäre die Vielfalt dieser Arbeit gewiß nicht zustande gekommen. Auch dieser Ausschuß wurde regionalisiert (in diesem Fall in „Sektionen“). Die beiden Sektionen arbeiteten in vielem gemeinsam, nahmen aber auch getrennte Aufgaben wahr, bei der die jeweilig andere Sektion zwar Hilfestellung leistete, jedoch nicht in gleicher Weise verantwortlich war. So stellten z.B. einige Mitglieder der Sektion West in jahrelanger mühsamer Arbeit den sog. „Russischen Mirbt“⁵ zusammen, eine Sammlung von Texten der Russischen Orthodoxen Kirche, die inzwischen zum unentbehrlichen Standardwerk geworden ist. Die Ostsektion hingegen bemühte sich seit 1961 darum, ihr Wissen in die Pfarrerschaft (durch Pastorkollegs in zweijährigem Abstand) und in die jüngere Theologengeneration (durch den „Melanchthonarbeitskreis“: zwei fünftägige Tagungen pro Jahr) zu vermitteln. Langsam, aber stetig hat sich durch diese Arbeit der Kreis derer erhöht, die über Theologie und Leben der Ostkirchen etwas besser informiert sind.

Der Traum der Ausschüsse war immer, eine breite kirchliche Öffentlichkeit zu erreichen. Das ist eigentlich erst im Millenniumsjahr 1988 gelungen. Mitglieder der Ausschüsse waren an der Herstellung von Materialien über die Russische Orthodoxe Kirche, Dia-Reihen, Wanderausstellungen u. a. beteiligt. Das Interesse in den Gemeinden in Ost und West war erstaunlich hoch, sicher auch ein Ergebnis der Bodenbereitung durch die jahrzehntelange Arbeit der Ausschüsse.

Gemeinsam betrieben die beiden Sektionen eine kontinuierliche *Studienarbeit*. Dazu gehörten auch alle zwei Jahre stattfindende Spezialistentagungen, zu der einige weitere Experten (auch aus dem Ausland) eingeladen wurden, um die neuesten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse der Ostkirchenkunde auszutauschen. Wenn man sich die Studienthemen, die Haupt- und Unterthemen der Pastorkollegs, Spezialistentagungen und der Melanchthon-Arbeit im Überblick anschaut, wird man fast erschlagen von der Fülle des Materials. Es ist unmöglich, die Themen hier auszubreiten. Aber ich will auf ein paar Schwerpunkte aufmerksam machen. Beim Nach-

denken über die Vielfalt der Themen ist mir deutlich geworden, welche Schätze sich da angesammelt haben. Vielleicht könnte da doch noch einiges gehoben, d.h. der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Neben spezifisch theologischen Themen (z. B. „Die Trinitätslehre in der Orthodoxie“) nahmen historische Themen und Spezialfragen der Patristik breiten Raum ein. Dem Nicht-Spezialisten erscheinen sie zunächst als zu speziell, z. B. „Philitismus“ oder „Hesychasmus“. Wenn dann aber deutlich wird, daß Unterschiede im Gebetsleben oder im anderen Fall Unterschiede in der Staat-Kirche- bzw. Volk-Kirche-Beziehung hier ihre Wurzeln haben, dann wird die Auseinandersetzung mit solchen Themen spannend. Reinhard Groscurth und ich, die beiden Sekretäre und einzigen Nicht-Spezialisten, erlebten hier mit Staunen, wie sich plötzlich unsere Experten in „ihre“ Kirchenväter verwandelten und z. B. Origines, Irenäus, Palamas u. a. über die Jahrhunderte hinweg christologische Dialoge führten. Uns gaben solche Gespräche Hoffnung, daß die Spaltungen der Christenheit vielleicht doch durch intensive hermeneutische Bemühungen überwindbar sind. In der Beschäftigung mit den Kirchenvätern entdeckten wir *gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Traditionen*, die uns stärker verbinden, als wir gedacht hatten.

Liturgische und das *geistliche Leben* der orthodoxen Kirchen betreffende Themen übten wegen ihrer Fremdheit immer eine besondere Anziehungskraft aus. Doch auch hier gab es Überraschungen, z. B. im Blick auf die Bedeutung der Ikonen. Vielleicht ist die Bilderfrage doch noch nicht entschieden? 1986 haben wir wegen des bevorstehenden 1200. Jahrestages des Konzils von 787 über „Das Bild als Medium religiöser Erfahrung“ gearbeitet und dabei auch verborgene oder verschüttete Schätze der eigenen Tradition entdeckt. Für die *Erfahrung des geistlichen Lebens*, vor allem im orthodoxen Gottesdienst, war wesentlich, daß es durch das Mitteleuropäische Exarchat in Berlin die Möglichkeit der *konkreten Begegnung* mit Vertretern der Orthodoxie gab. Sie haben dazu beigetragen, daß die Beschäftigung mit der Orthodoxie nicht nur intellektuelle abstrakte Studien waren, sondern Erkenntnis durch Erfahrung und lebendige Begegnung. Die offiziellen Dialoge mit orthodoxen Kirchen wurden vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland geführt. Es war deshalb konsequent, die sie inhaltlich begleitende Arbeit der Studienausschüsse dorthin zu übertragen. 1988 gelang dies auch auf beiden Seiten. Heute wird ein großer Teil jener Arbeit auf EKD-Ebene fortgeführt.

Die Arbeit der anderen Ausschüsse geht weiter. Ich wünsche dem Jubilar, daß er sie nun ruhig aus der Hand legen und sich zusammen mit mir und

den ehemaligen Ausschußmitgliedern in Freude und Dankbarkeit an die Zeit der gemeinsamen Arbeit erinnern kann.

ANMERKUNGEN

- ¹ F. Herzog/R.Groscurth (Hg.), „Kirchengemeinschaft im Schmelztiegel – Anfang einer neuen Ökumene?“, Neukirchen-Fluyun 1989.
- ² Referate und Ergebnisse sind in der Kirchenkanzlei der EKU in einem kleinen Heft zusammengestellt worden.
- ³ Die gemeinsame Reflektorengruppe hat einen interessanten Gesamtbericht über alle Konsultationen erstellt, der in der Kirchenkanzlei der EKU erhältlich ist.
- ⁴ Abgedruckt in: „Gemeinsam unterwegs“. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987, Berlin 1989.
- ⁵ P. Hauptmann/G. Stricker (Hg.), „Die Orthodoxe Kirche in Rußland“, Göttingen 1988.

„Christen dürfen zu diesem Verbrechen nicht schweigen“

Zum 100. Geburtstag von Pfarrer Dr. Adolf Freudenberg,
Sekretär der Flüchtlingshilfe des ÖRK im Zweiten Weltkrieg

VON HARTMUT LUDWIG

I.

Der *Hilfeschrei eines ungarischen Juden* vom 19. Juni 1944 gelangte auf diplomatischem Weg in die Schweiz: „... das ganze ungarische Judentum (ist) zum Tode verurteilt. Es gibt keine Ausnahme, es gibt kein Entfliehen, es gibt keine Verbergungsmöglichkeit... Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Selbstmord oder sich dem Schicksal überlassen. Bitte unternimmt alles bei allen möglichen Stellen und Menschen mit Herz. Helfet, helfet, helfet!!!“¹ Am 24. Juni schlugen der Generalsekretär des ÖRK, W. A. Visser't Hooft, und der Sekretär des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe, A. Freudenberg, in einem Telegramm an den Erzbischof von Canterbury, William Temple, und den Generalsekretär des Nordamerikanischen Kirchenbundes, S. McCrea Cavert, vor, durch Rundfunk die ungarische Nation erneut aufzurufen, die Ausrottung der Juden zu verhindern.² Da